

# Algerien

## 1. Kolonisation:

Mit der Landung des französischen Expeditionskorps und der Eroberung Algiers im Juli 1830 begann die französische Kolonisation, die 132 Jahre andauerte.

Das Lebensgrundlage der Bevölkerung, die in Stämmen lebte, war die Landwirtschaft, so daß der Raub der landwirtschaftlichen Flächen besondere Bedeutung hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt kannte man in Algerien kein Privateigentum an Boden, das Land war Stammeseigentum und wurde kollektiv bewirtschaftet.

Die Kolonialmacht nutzte verschiedene Methoden zur Inbesitznahme des Landes:

- So wurden beispielsweise Flächen, die nomadischen oder teilnomadischen Stämmen gehörten, mit der Begründung beschlagnahmt, sie würden nicht genutzt. Dies betraf vor allem die nördlichen und fruchtbaren Weidegebiete, wenn die Stämme im Winter gen Süden zogen.
- Leisteten die Stämme Widerstand gegen die Kolonialmacht, so wurden sie mit hohen Kriegskontributionen in Form von Abtretung des Landes bestraft.

Die Algerier wurden zu Tagelöhnern auf dem ihnen zuvor gehörenden Land, bzw. erhielten die unfruchtbarsten Äcker. 1867-1871 herrschte eine Hungersnot, während der zwischen 1 Millionen und 3 Millionen Menschen verhungerten.

Die französischen Siedler, die die Kolonialmacht brauchte, wollten aber nicht so recht nach Algerien. Das lag zum einen daran, daß sie immer wieder mit Gewaltakten der Algerier zu rechnen hatten, als auch daran, daß viele Franzosen an Malaria starben.

So wurden die niedergeschlagenen Revolutionäre von 1833, 1848 und die der Pariser Commune nach Algerien verschifft. Daneben fanden sich über die Jahre dann doch noch eine ganze Menge verarmten Handwerkern, Bauern und Lumpenproletarier, die lieber nach Algerien gingen als zu verhungern.

Während der kolonialen Unterdrückung waren die Algerier dem statut musulman unterworfen, der ihnen verwehrte, französische Staatsbürger (citoyens francais) zu werden, damit alle bürgerlichen Rechte zu besitzen, und ihnen nur den Rang französischer Untertanen (sujets francais) zugestand. Nur unter der Bedingung, daß der / die betreffende u.a. auf sein / ihr muslimisches Recht verzichtete, konnte er / sie die vollen Rechte eines französischen Staatsbürgers in Anspruch nehmen. Ein Verzicht auf die muslimische Rechte und Gebote kam aber einem Austritt aus der Rechts- und Glaubensgemeinschaft gleich, so daß von dieser Regelung so gut wie kein Gebrauch gemacht wurde.

Bis 1870 unterstanden die algerischen Juden den gleichen diskriminierenden Regelungen wie die muslimischen Algerier. 1870 wurde die algerischen Juden durch das Decret Cremieux zu gleichberechtigten französischen Bürgern, was ihnen den Haß der muslimischen Algerier einbrachte. Mit den gleichen Rechten versehen wie die französischen Siedler, traten die algerischen Juden auch in Konkurrenz zu den Siedlern, was unter diesen die Entwicklung eines militanten Antisemitismus zur Folge hatte.

Die Kolonialmacht requirierte die Moscheen und machte aus ihnen Truppenunterkünfte oder Kirchen. Französisch wurde Amtssprache. Arabischunterricht an Schulen wurde verboten, die Koranschulen wurden geschlossen.

Anfang des 19. Jahrhunderts kam ein französischer Besatzersoldat auf 30 Algerier.

Zwischen 1871 und 1900 "erwarben" die Siedler mehr als ein Millionen Hektar Land. Algerien wurde zum exklusiven Weinlieferanten Frankreichs, da die Weinproduktion Frankreichs zwischen 1875 und 1879 wegen des Befalls von Rebläusen um fast ein Drittel zurückging. Die Weinanbauflächen Algeriens wuchsen rasant: 2.306 ha im Jahr 1854; 100.000 ha 1888; 200.000 ha in den 20ern. Nach dem Getreideanbau und dem (erst nach dem Zweiten Weltkrieg stark aufkommenden) Anbau von Zitrusfrüchten und Frühgemüsen war Wein das Hauptexportgut Algeriens geworden.

Innerhalb der Siedler bildeten sich Großgrundbesitzer heraus. Zu Beginn der 50er Jahre besaßen 22.000 europäische Eigentümer über 2,7 Millionen Hektar Land, was 40% der bebauten Böden entsprach. Zum gleichen Zeitpunkt kam auf jeden französischen Siedler ca. 120 Hektar, auf jeden algerischen Bauern 11 Hektar Land.

Eine Industrialisierung Algeriens während der Kolonisation gab es so gut wie nicht. Algerien lieferte fast ausschließlich agrarische Rohstoffe und Lebensmittel an Frankreich. Es gab nur eine Hand voll Ölmühlen, Seifenfabriken, Spinnereien und Konservenfabriken. Daneben wurde der Abbau von Kohle, Eisenerz, Zinkerz, Blei und Phosphat betrieben.

Die Industrialisierung des Landes wurde laut Werner Ruf vermieden, weil man ein dadurch mögliches Ansteigen der Löhne im Agrarsektor vermeiden wollte und weil man nicht zu letzt fürchtete, die Industrialisierung mit ihren Dauerarbeitsplätzen könnte zur Entstehung von Organisationen der Lohnarbeiter führen.

Erst 1958, mitten im Unabhängigkeitskrieg, ließ General de Gaulle ein umfassendes Industrialisierungsprojekt für Algerien, den "Plan von Constantine", durchführen, um die sozialen Ursachen des Befreiungskrieges zu bekämpfen.

## 2. Befreiungskampf

1832 nahm der algerische Widerstand unter der Führung Abdelkaders organisierte Formen an. Abdelkader kam aus einer Familie, die einer religiösen Bruderschaft angehörte und die wiederum in Westalgerien großen Einfluß hatte. Er rief zum Heiligen Krieg gegen die französischen Invasoren auf und nannte sich "Befehlshaber der Gläubigen". Der Oberbefehlshaber der westalgerischen Stadt Oran mußte 1834 die Souveränität Abdelkaders über Westalgerien, mit Ausnahme der großen Küstenstädte, anerkennen. Frankreich brach den eingegangenen Friedensvertrag und mußte schließlich 100.000 Mann aufbieten, um die unter Abdelkader zusammengeschlossenen Stämme niederzuschlagen. Im Dezember 1847 kapitulierte Abdelkader.

1871 hatte Frankreich mit einem Aufstand in der Kabylei und Ostalgerien zu kämpfen, der von Mohamed el-Mokrani angeführt wurde. Nach dessen Kapitulation im Januar 1872 wurden Hunderte Aufständische hingerichtet, Tausende inhaftiert oder auf Sträflingsinseln verbannt. Die Bevölkerung mußte 36 Millionen Francs Kriegskontributionen bezahlen, mehr als eine halbe Millionen Hektar Land wurde beschlagnahmt.

Der algerische Befreiungskampf war immer eng mit dem islamischen Glauben verbunden. Die kollektive, an den islamischen Glauben gebundene Diskriminierung der Algerier bewirkte, so Werner Ruf, daß der Glaube zum einigenden Band wurde, zumal eine algerische Nation zu Zeiten vor der Kolonisation nicht bestand. Die Religion wurde zum Dreh- und Angelpunkt der algerischen Identitätsbildung und des Verständnisses des Begriffes "Nation". Sie spielte daher auch im anti-kolonialen und nationalen Befreiungskampf eine wesentliche Rolle, was sich später auch in der Politik der FLN zeigte.

Eine der wichtigen und einflußreichen nationalistischen Organisationen, die für die Befreiung Algeriens kämpfte, war der "Nordafrikanische Stern", der 1926 gegründet wurde. Diese

Organisation ging aus der KP Frankreichs hervor, doch sah ihr Begründer Messali Hadj die "revolutionären" Werte nicht im Proletariat oder in sonst einer Klasse verankert, sondern in der Nation, weshalb der Nordafrikanische Stern aus der FKP ausgeschlossen wurde. Der nordafrikanische Stern (aufgelöst 1937) und seine Nachfolgeorganisationen (Partei des algerischen Volkes (PPA, 1937-1939), Bewegung für den Triumph der Demokratischen Freiheiten (MTLD, 1946-1954)) waren die bedeutendsten Organisationen des Befreiungskampfes.

Erst 1935 wurde die algerische KP gegründet (Parti Communiste Algérie, PCA). Ein Grund dafür, daß die KP nie zu einer breiten Basis kam, war wohl auch, so sehen es nach meinen Infos nicht wenige algerische Kommunisten, daß die chauvinistische Position der französischen KP gegenüber den Kolonialvölkern bekannt war und sich so eine z.T. kategorische Ablehnung gegenüber allem Kommunistischen entwickelte.

Ein wichtiges Datum in der Geschichte des Befreiungskampfes ist der 8. Mai 1945, dies erzählte auch der Genosse aus Algerien.

Während der Siegesfeierlichkeiten der Franzosen zum Sieg über Hitler-Deutschland kam es in Setif zu Ausschreitungen gegen französische Siedler, einige von ihnen wurden getötet. Im Osten Algeriens kam es in der Folge zu Mord, Plünderungen und Brandschatzungen. Die Reaktion Frankreichs: Polizei, Gendarmerie und Armee wurden von Flugzeugen und den Kanonen eines vor der Küste liegenden Kriegsschiffs unterstützt. Bilanz: Zwischen 10.000 und 40.000 Tote, die FLN nannte Zahlen bis zu 80.000. Folge: Über neun Jahre herrschte Ruhe in Algerien.

Die Erfahrungen aus dem Mai 1945 führten dazu, daß die *Bewegung für den Triumph der Demokratischen Freiheiten* (MTLD) gleich nach ihrer Gründung im November 1946 eine Geheimorganisation (Organisation secrete, O.S.) aus der Taufe hob, die gezielt auf den bewaffneten Aufstand hinarbeitete. Aus dieser Organisation ging die FLN (Front de Liberation Nationale) hervor.

Während am 1. November 1954 in Nordalgerien mehrere Bomben explodierten, veröffentlichte die FLN (über ihre genaue Entstehung konnte ich keine Quellen ausfindig machen) eine Erklärung, die die Ziele ihres Kampfes darlegte (auch hier spielt der Islam eine wichtige Rolle):

1. Die Wiederherstellung des algerischen souveränen, demokratischen und sozialen Staates im Rahmen der islamischen Prinzipien;
2. der Respekt sämtlicher Grundfreiheiten ohne Unterscheidung der Rasse oder der Konfession"

Außerdem: "die Verwirklichung der nordafrikanischen Einheit in ihrem natürlichen arabisch-islamischen Rahmen"

Zu diesem Zeitpunkt hatte die FLN etwa 800 Mitglieder. Die FLN wurde zur führenden Kraft des Befreiungskampfes. Sie hatte den Charakter einer Volksfront und vereinte alle Klassen und Schichten und die verschiedensten Strömungen: bürgerliche und religiöse Kräfte, kleinbürgerliche Intellektuelle, Bauern und Tagelöhner, Arbeiter und Bazarhändler, linke Gewerkschafter und arabische Nationalisten ... Die Kommunisten spielten in der FLN nie eine wesentliche Rolle, bestenfalls einige Sozialisten. Ein revolutionäres Zentrum hat es meines Wissens in der FLN nie gegeben.

Die FLN ist ein Zusammenschluß, eine Volksfront auf der Basis eines Minimalkonsens der verschiedenen Klassen und Schichten.

Schon während des Krieges ist eine Schicht innerhalb der FNL aus algerischen Großgrundbesitzern entstanden (immer mehr Franzosen verkauften ihren Besitz und reisten aus).

Die Strategie der ALN (Nationale Befreiungsarmee), dem militärische Arm der FLN, war die, durch permanente Anschläge, Attentate etc. die Besatzungsmacht auf Trapp zu halten und zu verunsichern, die französischen Soldaten zu demoralisieren und die Heimatfront Frankreichs ins Wanken zu bringen.

Ein anderer bewaffneter Arm der FLN, die von Boumedienne geführte "Armee der Grenzen", drang von Marokko und Tunesien aus nach Algerien ein. Um das zu verhindern, errichtete die französische Armee unter Befehl des Generals Challe an der 1.600 Km langen Grenze zu Marokko und Tunesien eine Befestigung aus Stacheldraht, Minenfeldern und Elektrozäunen.

Nahezu eine Millionen französische Soldaten waren in Algerien stationiert, der Wehrdienst dauerte 32 Monate. Bis 1962 gab es auf französischer Seite etwa 100.000 Gefallene und Verletzte.

Zwar konnte die ALN die französische Armee im Unterschied zum Vietcong nicht militärisch schlagen, doch schuf sie durch permanente Anschläge etc. eine labile politische Situation nicht nur in Algerien, sondern auch in Frankreich, wo der Rückhalt für die Kolonisation in der Bevölkerung mehr und mehr schwand.

Fanon: "Die Gewalt des anticolonialen Kampfes ist als Gegengewalt zum Kolonialismus gerechtfertigt."

Die Unterzeichnung der Unabhängigkeitsverträge erfolgte am 18. März, die Proklamation der algerischen Unabhängigkeit am 5. Juli 1962. Der Befreiungskampf hatte das algerische Volk eine Millionen Tote gekostet.

Auf der Tagung des "Nationalrates der Algerischen Revolution" vom 27.05. bis 07.06.1962 in Tripolis (Libyen) setzten sich anti-imperialistischen und nationaldemokratischen Kräfte sowohl gegen die offen sozialistischen wie auch gegen die arabisch nationalistischen Kräfte durch. Es wurde ein Programm angenommen, das sich an einer demokratischen Volksrevolution und an einer nicht-kapitalistischen Zukunft orientierte.

S. Kebir macht zwei Hauptgruppierungen innerhalb der FLN aus:

- sozialistisch-fortschrittliche  
(Boumedienne)
- baathistische, islamistische  
(nach Boumedienne, insbesondere unter Benjedid)

Baath-Partei = Wiedergeburt/Neugeburt Arabiens als Größe in der Welt gegenüber Europa/Nordamerika

### **3. Ben Bella und Boumedienne:**

Das Militär setzte schließlich den aus französischem Gefängnis freigelassenen FLNler Ben Bella ein, der eine Koalition mit dem Oberkommandanten der Grenzarmee Boumedienne einging.

Über die Regierungszeit von Ben Bella ist wenig bekannt, aus welchen Gründen auch immer. Eine weitgehend zerstörte Infrastruktur, ein Grenzkrieg mit Marokko im Jahr 1963 waren die zentralen Probleme Algeriens zu dieser Zeit.

2,4 Millionen ha Land, ein Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche des Landes und das beste zugleich, die früher im Besitz der Kolonialherren waren, mußte neu strukturiert werden. Es wurde ein dem jugoslawischen Selbstverwaltungssystem ähnliches System errichtet. In der Folgezeit konnten aber erneut Großgrundbesitzer an Oberhand gewinnen, die den Landarbeitern den Boden einfach wieder abkauften.

1963 wurde unter Ben Bella die Algerische Kommunistische Partei, genau wie alle anderen Parteien auch, verboten. Sie arbeitete als Partei der Sozialistischen Avantgarde (PAGS) im Untergrund weiter. Ab 1964 wurde die Repression gegen linke Gewerkschafter verstärkt. 1989 bildete ein Teil der Kommunisten die Partei Ettahadi (Union).

1963 kam es zur Gründung des Studentenverbandes UNEA, der 1971 verboten wurde.

Algerien gehörte der Bewegung der blockfreien Staaten an, in der es gemeinsam mit Jugoslawien, Kuba und Indien eine große Rolle spielte.

Im Juni 1965 setzte Boumedienne, bis zu diesem Zeitpunkt Verteidigungsminister, mit Hilfe der Nationalen Volksarmee Ben Bella mittels einem Putsch ab. In die algerische Geschichte ging dieser Umbruch als "revolutionäre Kurskorrektur" ein. Boumedienne regierte bis zu seinem Tod 1978.

Als wichtige soziale Maßnahmen, die unter Boumedienne verstärkt wurden, sind zu nennen: Alphabetisierungskampagnen, Schaffung eines Schul- und Bildungssystems, Aufbau einer flächendeckenden medizinischen Versorgung, Subvention der Grundnahrungsmittel.

Unter ihm wurde die Planwirtschaft eingeführt, die Betriebe wurden verstaatlicht, eine Schwerindustrie wurde (weniger erfolgreich) aufgebaut, die Agrarreform durchgeführt.

## 4. Industrie

Boumedienne erklärte im September 1965 die Industrialisierung Algeriens zum zentralen Programmpunkt seiner Politik.

Die bis dahin noch weitgehend unter französischer Kontrolle stehende Einrichtungen des Bergbaus, der Versicherungen und des Bankwesens und Industriebetriebe wurden verstaatlicht. Zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik war der Aufbau einer Schwerindustrie, hauptsächlich im Bereich der petrochemischen (auf Erdöl und -gas beruhende technische Rohstoffgewinnung in der chemischen Industrie) und Stahlindustrie.

Die Investitionen in den Bereich der Schwerindustrie betragen im Jahr 1967 655 Mio. D.A. (algerische Dinare), im Jahr 1969 1.933 Mio. D.A. (Die Investitionen in die Konsumgüterproduktion stiegen im gleichen Zeitraum von 143 auf 227 Mio. D.A.). Der Aufbau der Schwerindustrie genoß also absolute Priorität, der Löwenanteil der Investitionen floß in die Erdöl- und Erdgassektor.

Über 90% der Einnahmen im Außenhandel kamen aus dem Export von Rohstoffen, insbesondere von Erdöl und Erdgas.

Der Schwerpunkt der Industrialisierung lag auf dem Import von Spitzentechnologien im schwerindustriellen Bereich. Sie wurden schlüsselfertig vor allem aus den USA, der BRD und Japan geliefert. Im Konzept der "industrialisierenden Industrien" sollten sich um diese Schlüsselindustrien mittlere und Klein-Industrien ansiedeln, die deren Produkte weiterverarbeiten und vermarkten sollten. In diesen sekundären Industriezweigen sollten Privatinvestitionen zugelassen werden.

Doch dazu kam es nicht wirklich. Die zunächst schlüsselfertig, dann sogar produktfertig von ausländischen Firmen gelieferten Industriekomplexe waren äußerst störanfällig, ihre Produkte waren qualitativ bescheiden, der Absatz war schwierig. Die planwirtschaftliche Koordination wurde durch Rivalitäten um den Erhalt zusätzlicher öffentlicher Gelder und Korruption gestört.

Durch den Import der Schlüsselindustrien wurde die algerische Wirtschaft natürlich stark vom Ausland abhängig. Sie war auch bei der Ausbildung der zum großen Teil vom Land kommenden schlecht ausgebildeten Arbeiter auf ausländische Hilfe angewiesen. Bei defekten Maschinen mußte auf Ersatzteile aus dem Ausland gewartet werden, was die Produktion verzögerte. Von vornherein war klar, daß der Aufbau der hochmodernen Schlüsselindustrien nicht arbeitsintensiv sein konnte. Es wurden nur wenige Arbeiter zur Produktion benötigt.

Dies, die Landflucht (1954 wohnten nur 18,5% der Bevölkerung in den Städten. 1966: 31,2%; 1973: 40%) und steigende Geburtenraten) Anfang der 80er Jahre brachte eine algerische Frau durchschnittlich 7,2 Kinder auf die Welt) führten zur Massenarbeitslosigkeit. 1977, auf dem Höhepunkt der Industrialisierung, waren nur 19% der Bevölkerung erwerbstätig.

Mitte der 80er sanken die Erdölpreise um mehr als die Hälfte, was für die algerische Wirtschaft ein absolutes Desaster war, da die Devisen nun mal über den Export von Erdöl ins Land kamen.

1990 wurden die von 1970 stammenden Dekrete über die Nationalisierung des Öls aufgehoben. Nun durften ausländische Gesellschaften wieder mehr als 49% der Aktien eines Erdölfeldes besitzen

## 5. Landwirtschaft

Bereits zur Zeit der Unabhängigkeit waren 52% des nutzbaren Bodens in algerischer Hand, die Kolonialherren waren geflüchtet, hatten ihr Land Land sein lassen oder es billig an die algerischen Feudalkräfte verscherbelt.

Die herrenlosen Ländereien wurden nach der Befreiung von Tagelöhnern besetzt und abgeerntet, es entstanden die ersten (auf Eigeninitiative beruhenden) Kooperativen. Sie wurden aber bis zur Agrarreform von 1971 so gut wie nicht unterstützt.

Es entwickelte sich aber auch eine Schicht der Feudalherren, die immer mächtiger wurde, da ein Teil der Bauern in die Städte ging und die verbleibenden Tagelöhner zum Teil nicht über das nötige Wissen verfügte um die Felder zu bestellen. Bauern und Tagelöhner übertrugen das Land wieder auf die Großgrundbesitzer.

Erst 1971, also fast ein Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit, wurde eine wirkliche Agrarreform in Angriff genommen. Sie erfolgte so spät, da die FLN, die ja aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung bestand, von den neuen Landbesitzern entweder freiwillig oder gezwungener Maßen unterstützt wurde und man es sich nicht mit ihnen verderben wollte.

Die Großgrundbesitzer wurden 1971 enteignet – und in nicht unbeträchtlichen Maßen mit den Geldern aus dem florierenden Export von Erdöl und Erdgas entschädigt. Die mit diesen Maßnahmen natürlich nicht einverstanden ehemaligen Großgrundbesitzer, steckten diese Gelder aus der Entschädigung in den Bau von wilden Moscheen, in denen sich die (islamistische) Opposition organisierte. Die Moscheen entwickelten sich zum einzigsten Ort des politischen Widerstandes. Da dem Islam wie jeder anderen Religion das Privateigentum heilig ist, wurden Islamisten von den ehemaligen Großgrundbesitzer, sowie den in Saudi-Arabien und den Golfstaaten herrschenden Cliques gefördert. Die wilden Moscheen boten der in Wohnungsnot lebenden Bevölkerung Wasser- und Waschegelegenheiten, Armenärzte und Bibliotheken, so daß sie und die Islamisten sich wachsender Popularität erfreuten.

Das enteignete Land ging an die Bauern und Tagelöhner, die Regierung trieb die Mechanisierung auf dem Land voran. Es gab keinen Zwang zur Kollektivierung, aber die Regierung stellte finanzielle Mittel zur Mechanisierung den Kollektiven zur Verfügung. Die Bauern verfügten jedoch nicht über die Kenntnis, die Maschinen zu warten und zu reparieren, so daß die Maschinenparks verfielen. Auch die Maschinen für die Landwirtschaft wurden gegen Petrodollars importiert.

Die dritte Stufe der Agrarreform, die Nationalisierung der Tierherden, wurde nicht durchgeführt, da der Regierungschef (damit muß wohl Boumedienne gemeint sein) selbst der größte Herdenbesitzer war.

Die Bauern erhielten einen Mindestlohn, dessen negative Auswirkung aber die war, daß das Mindesteinkommen der Männer genügte um die Familie zu ernähren, so daß die Frau als Arbeitskraft auf dem Lande fast völlig verschwand. Trotzdem waren die Mindestlöhne sehr niedrig, sie betragen ein 1/7 der Löhne in der Erdölindustrie. Die Mindestlöhne wurden gezahlt ob produziert wurde oder nicht; da von sozialistischem Bewußtsein keine Rede sein konnte, wurde nicht selten eben nicht gearbeitet. Die Plantagen verfielen. Es setzte eine Landflucht ein, die die Massenarbeitslosigkeit weiter verschärfte.

2/3 des Bedarfs an Weizen wurde durch Import aus den USA gedeckt, der zum großen Teil auf dem Schwarzmarkt landete und zu horrenden Preisen verkauft wurde. Einheimisches Olivenöl war 3 mal so teuer wie importiertes Sonnenblumenöl aus der UdSSR.

Vor der Unabhängigkeit stellte Algerien 93% seines landwirtschaftlichen Bedarfs selbst her. Heute muß das Land über 60% seines Getreidebedarfs importieren. Auch werden 80% der Grundnahrungsmittel importiert.

Algerien wurde also auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor nicht vom Ausland unabhängig – im Gegenteil. Die Landwirtschaft konnte nie mehr als 40% des Eigenbedarfs decken. Zugleich verschlang der genossenschaftliche Sektor einen wachsenden Devisenanteil an Subventionen.

Es kam zu faktischen Herausbildung des Großgrundbesitzes: In den 80ern existierten zwar 6.000 Genossenschaften mit 1,1 Millionen ha Anbaufläche, zur gleichen Zeit verfügten jedoch etwa 170.000 privatwirtschaftlich organisierte landwirtschaftliche Produktionseinheiten über mehr als 4,4 Millionen ha Land.

FAZIT: Weder auf dem industriellen noch dem agrarwirtschaftlichen Sektor ist es in Algerien gelungen, eine vom Ausland unabhängige und auf dem Prinzip der Planwirtschaft beruhende funktionierende Wirtschaft aufzubauen.

## 6. Arabisierung

Parallel zur ökonomischen Unabhängigkeit sollte eine unabhängige nationale Identität geschaffen werden. Das Projekt der "Arabisierung" wurde in Angriff genommen, das stets auch dazu diente islamistische Kräfte zu besänftigen und mit ihnen Kompromisse zu schließen.

Das Hocharabisch wurde zur offiziellen Nationalsprache erklärt. Doch beherrschte diese Sprache nur ein verschwindend geringer Bruchteil der Bevölkerung, deren Alltagssprache das Maghrebarabische ist. Die Meghrebarabische Sprache hat viele Dialekte und enthält viele französische Worte oder aus dem Französischen abgeleitete Begriffe. Es hat jedenfalls mit dem Hocharabischen nicht viel gemeinsam. Die in der Kabylei lebenden Berber sprechen ihr Tamazight und verstehen größtenteils kein arabisch. Selbst spätere Minister konnten nicht flüssig Hocharabisch sprechen.

Fernsehen, Presse, Radio, offizielle politische Erklärungen, die sich fast ausnahmslos der hocharabische Sprache bedienten und bedienen mußten, wurden daher von einem Großteil der Bevölkerung nicht verstanden.

Seit 1976 wurde die Ausbildung vom Staat kontrolliert, private Ausbildung wurde abgeschafft. Es herrschte ein Mangel an arabischsprachigen Lehrkräften, da die Kolonialzeit die arabischsprachige Intelligenz vernichtet hatte, und diese wurden aus nahöstlichen Staaten, vor allem aus Ägypten angeworben. Die Elite unter der ägyptischen Intelligenz ging aber lieber in den Westen oder in die Golfstaaten, so daß Algerien nur drittklassige Pädagogen anwerben konnte, die im Unterricht nicht nur Arabisch, sondern auch die islamistischen Wert- und Moralphorstellungen lehrten. Die höheren Beamten im Erziehungswesen, dieses war islamischen Reformisten übergeben worden, störten sich daran wenig.

Gleichzeitig konnte ein nicht geringer Teil der Schüler dem Unterricht nicht folgen, weil sie dem Hocharabischen nicht mächtig waren. Da die importierten drittklassigen Lehrkräfte auch zum großen Teil eine ebenso drittklassige Bildung vermittelten (1989 konnten nur 57% der über 15jährigen lesen und schreiben), hatten die durch die öffentlichen Schulen gegangenen Jugendlichen aus dem normalen Volk große Probleme, einen Arbeitsplatz zu finden, zumal die importierte Hochtechnologie mit Französisch oder Englisch arbeitete, was diesen Jugendlichen fremd war. Sie hatten das Nachsehen gegenüber den Kindern von Ministern, Offizieren, ehemaligen Großgrundbesitzern etc., die französische Gymnasien besucht hatten. Folge: Immer weiter ansteigende (Jugend-)Arbeitslosigkeit.

## 7. Benjedid und die Folgen

Nach Boumedienes Tod im Dezember 1978 wurde Chadli Benjedid Präsident Algeriens. Er besaß eine Hotelkette in Oran.

Mit Benjedid war es dann endgültig mit der sozialistischen Orientierung und der planwirtschaftlichen Gestaltung der Wirtschaft vorbei.

Kurz nach seinem Amtsantritt verkündete er, daß Algerien von nun an keine neuen Großbetriebe im Ausland mehr kaufen werde, sondern daß vielmehr die vorhandenen Großbetriebe in kleinere Produktionseinheiten zerlegt werden sollten um sie damit "übersichtlicher und beherrschbarer" zu machen. Das geschah ab 1982/83. Privatbetriebe wurden zugelassen. Es fehlte an Devisen um die zerschlagenen Betriebe auszurüsten.

Die Massenarbeitslosigkeit stieg rapide an.

Das Staatshandelsmonopol über die Wirtschaft wurde aufgehoben. Die Preise wurde freigegeben und es folgte logischerweise eine starke Inflation (Bsp.: Innerhalb 10 Jahre: Verzehnfachung der Flugticketpreise)

Die ehemaligen Großgrundbesitzer konnten unter bestimmten Bedingungen Land erwerben.

Im Gesundheitssektor wurden die staatlichen Subventionen abgebaut, was dazu führte, daß nach und nach das Inventar (Röntgenapparate etc.) der Kliniken an Ärzte verschertelt wurde. Die Krankenversicherung nutzte nichts mehr, es mußten Zuzahlungen geleistet werden. In den Kliniken kam es zur "Kompression des Personals".

1980: Kabylei, sog. Berberfrühling, Forderung nach Autonomie, Anerkennung der Berbersprache

Mit Benjedid gewannen auch die Islamisten Oberwasser, denen er ständig (aus Überzeugung?) Zugeständnisse machte. Abdelghani, der die Islamisten beim Bau illegaler Moscheen unterstützt hatte, wurde zunächst Innen- und dann Premierminister. Abdelghani schaffte 1981 das Wochenende ab und führte das islamische Wochenende ein (Donnerstag und Freitag).

1984 wurde ein neues Familiengesetz verabschiedet, spätestens jetzt wird deutlich, daß die Islamisten in den Reihen der FLN dominieren:

In Artikel 39 heißt es, daß "die Ehefrau ihrem Mann gehorchen und ihm jene Ehrerbietung erweisen muß, die ihm von seiner Qualität als Haupt der Familie zukommt". Frauen dürfen keine Nicht-Muslime und überhaupt nur mit Zustimmung eines erwachsenen Tutors (Vater, Bruder, Onkel, ggf. Sohn) heiraten. Wenn sie keine Angehörigen besitzen, benötigen sie die Zustimmung eines Richters. Die Scheidung auf Antrag der Frau wird praktisch unmöglich, es sei denn sie erbringt den Beweis, daß der Mann die ehelichen Pflichten nicht erfüllt. Sie kann sich die Befreiung aus der Ehe erkaufen. Der Mann kann sich problemlos scheiden lassen und behält auf jeden Fall die eheliche Wohnung. Nur wenn der Ehemann eine Zweitwohnung besitzt (die absolute Ausnahme), muß er sie nach der Scheidung seiner Frau zur Verfügung stellen und auch nur so lange, wie sie "seine Ehre nicht beschmutzt", ihm also treu bleibt. Folge: steigende Obdachlosigkeit von Frauen und Kindern.

Der Mann bekommt auf jeden Fall das Sorgerecht zugesprochen, auf das er natürlich auch verzichten kann. Die Polygamie wurde durch das Gesetz legalisiert.

Diese neue Familiengesetz stellte einen eindeutigen Bruch der Verfassung dar, die beiden Geschlechtern die gleichen Rechte und Pflichten zuschrieb. Dafür ähnelte das neue Familienrecht der Scharia ("Das offenbarte Gesetz des Islam"; religiöses islamisches Recht, das auf dem Koran und frühen Überlieferungen basiert) – die Islamisten hatten auch nur wenig zu kritisieren.



## 8. “Demokratische Wende” und Wahlen:

Ein Aufstand der Jugend leitete die “demokratische Wende” ein. Am 5. Oktober 1988 verwüsteten 10- bis 25-Jährige während eines Schulstreiks das Zentrum der Hauptstadt. Die Jugendlichen forderten Wohnungen und Arbeit. Ministerien brannten, öffentliche Gebäude, Büros der nationalen Fluggesellschaft Air Algérie, staatliche Lebensmittelläden, Busse und staatliche Fahrzeuge wurden verwüstet. Private Läden blieben bezeichnenderweise unberührt. Betriebe traten in Solidaritätsstreiks.

4 bis 5 Tage war die Polizei machtlos, der Ausnahmezustand wurde verhängt. Dann wurde auf die Jugendlichen geschossen. Am Ende gab es schätzungsweise 500 tote Jugendliche und Polizisten. Die Jugend hatte zunächst ausschließlich soziale Forderungen gestellt. Erst ab dem vierten Tag kam es zu Demonstrationen, die offensichtlich von islamistischen Kräften organisiert waren und aus den unzufriedenen Jugendlichen neue Anhänger rekrutierten.

Die Regierung nutzte den Jugendaufstand als Anlaß zu einer “Öffnung zur Demokratie”. Am 23. Februar 1989 stimmte die Bevölkerung in einem Referendum für eine neue Verfassung (Mehrparteiensystem, Medienfreiheit).

Innerhalb weniger Monate entstanden dreißig, später sogar 50 Parteien.

Am 5. Juli 1989 unterzeichnete Benjedid das “Gesetz über die politischen Assoziationen” und verpflichtete diese auf die “arabo-islamischen Werte” der Nation. Dessen Artikel 5 bestimmt, daß sich politische Vereinigungen nicht auf konfessionelle, linguistische, regionalistische, sexistische, rassistische oder professionelle Kriterien begründen dürfen. Trotzdem wurde am 6. September 1989 die FIS (Front islamique du salut – Islamische Heilsfront) zugelassen, die sich als “globaler und allgemeiner Verfechter für alle ideologischen, politischen, ökonomischen und sozialen Probleme im Rahmen des Islam nach den Vorgaben des Koran und der Sunna (Gewohnheit, Praxis des Propheten)” bezeichnet.

Die FIS ist keine straf organisierte Kaderpartei, sondern ist als eine breite Bewegung, in der die unterschiedlichsten Kräfte, Gruppen, Ansichten und Interessen mehr oder weniger eng zusammengehen, zu verstehen. Die drei wichtigsten sozialen Gruppen der FIS bilden die Händler, in großer Zahl Jugendliche ohne Arbeit und Intellektuelle, die zu den sozialen Aufsteigern zählen. Unterstützt wurde die FIS aus Saudi-Arabien, dem Irak, anderen Golfstaaten und den USA. Innerhalb kurzer Zeit gewann die FIS ca. 3 Millionen Anhänger.

Die FIS machte in ihrer sozialen Demagogie mal den Marxismus, mal den Kapitalismus (verbindendes Element: Atheismus) für die soziale Misere Algeriens verantwortlich.

Die Islamisten errichteten Schulen, boten Sozial- und Fürsorgeprogramme (Kinderbetreuung, medizinische Versorgung, Essensausgabe...) an und erreichten so die breite Masse des Volkes. Die FIS gründete sogar eine islamistische Gewerkschaft.

Ein FIS-Führer meinte beispielsweise: “Wir sind bereit, zwei Drittel der Bevölkerung zu opfern, damit das übrige Drittel in der Lage ist, den Weg Gottes zu gehen.”

In der FIS-Zeitung El Mounquid wurden 1990 sieben Kategorien von zu ermordenden Personen aufgestellt. Polizisten und Gendarme, Journalisten, laizistische (die Trennung von Staat und Kirche fordernde) Demokraten, “verkommene” Künstler, “entartete” Intellektuelle und Frauen, die sich von “Weichlingen, Halb-Männern und Transsexuellen” verwirren lassen.

Bei den Kommunalwahlen am 12. Juni 1990 erreichte die FIS landesweit 55,8% der Stimmen, in sämtlichen Großstädten des Landes 80% und mehr. Das lag u.a. auch daran, daß die Wahlvollmachten übertragbar waren und viele Männer, logischerweise nicht die fortschrittlichsten, für ihre Frauen wählen gingen (FIS: separate Buslinien für Frauen). Mehr als die Hälfte aller Gemeinden waren nun in Händen der FIS. In diesen Gemeinden errichteten sie “islamische Märkte”, wo Waren billiger verkauft wurden, da die Zwischenhändler wegfielen. Bei der Massenarmut fand diese und andere populistische Aktionen fruchtbaren Boden.

Vor den heranrückenden Parlamentswahlen im Dezember 1991 fand eine Änderung des Wahlrechts (Verhältnis- zu Mehrheitswahlrecht) und die Wahlbezirke wurden umstrukturiert (nördliche Stimmbezirke vergrößert, dadurch weniger im Norden; südliche verkleinert, dadurch mehr im Süden, da sich Süden als relativ immun gegen FIS erwiesen hatte). Am 23. Mai 1991 rief die FIS zum Generalstreik gegen das neue Wahlgesetz auf, wochenlange Streiks folgten bis der Ausnahmezustand verhängt wurde.

Die Änderung des Wahlrechts und außerdem nachfolgende Verhaftungen von FIS-Führern wurde laut W. Ruf von vielen als Wahlmanipulation der FLN zu Ungunsten der FIS verstanden und erhöhte die Popularität der FIS.

Am 26. Dezember 1991 fand der erste Durchgang der Parlamentswahlen statt. Ca. 40 legale Parteien traten an. Von 13 Millionen Wahlberechtigten gingen 41% nicht zur Urne (wohl aus Ablehnung gegen FLN und Opposition zur FIS). Die Entscheidung spielte sich zwischen drei Parteien ab:

In 54% der Wahlkreise hatte eine der drei Parteien FIS, FFS oder FLN die absolute Mehrheit. In 46% aller Wahlkreise war das die FIS, in 5% die FFS und in 3% die FNL.

Verteilung der Parlamentssitze nach dem ersten Wahlgang:

FIS:	188 von 430 Parlamentssitzen
FFS (Front der Sozialistischen Kräfte):	25 von 430 Parlamentssitzen
FLN:	15 von 430 Parlamentssitzen

In 46% der Wahlkreise konnte keine Partei die absolute Mehrheit erzielen, in diesen mußte ein zweiter Wahlgang erfolgen.

Die FFS (seit 1992 Mitglied der Sozialdemokratischen Internationale) von Hocine Ait Ahmed ist eine regional verankerte Partei, die hauptsächlich von der berbersprachigen Bevölkerung der Kabylei gewählt wird. In den Stichwahlen hätte sie keine Zugewinne machen können.

Laut einer (W.R.: relativ verlässlichen) Hochrechnung der algerischen Zeitung Le Quotidien d'Algérie wäre im zweiten Wahlgang (bei gleicher Wahlbeteiligung) damit zu rechnen gewesen, daß die FIS 81% der Stimmen bekommen hätte. Damit hätte sie die Zweidrittel-Mehrheit überschritten, eine Verfassungsänderung zur Schaffung eines islamischen Staates wäre damit auf legalem Weg möglich gewesen.

Angesichts des zu erwartenden haushohen Sieges der FIS im zweiten Wahlgang putschte am 11. Januar 1992 die Armee (wahrscheinlich auch nur ein Flügel der Armee) unter dem Motto "Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie" und zwang Chedli Benjedid, der schon mit der FIS über eine Fortführung seines Präsidentenamtes unter einem mehrheitlich islamistischen Parlament und einer islamistischen Regierung verhandelte, zum Rücktritt.

Die algerische Armee ist politisch nicht homogen, auch durch sie zieht sich, wie durch die FLN- und Staatsführung, die Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen und nationalistisch-islamistischen Kräften.

Die Armee setzte einen Hohen Staatsrat (HCE) ein, der in der Verfassung von 1989 nicht vorgesehen war. Vorsitzender des Staatsrates wurde Mohamed Boudiaf (Mitinitiator des Befreiungskrieges, lebte seit Ende der 80er im marokkanischen Exil, da er unter Ben Bella wegen Publikationen "Gegen den Totalitarismus der Volksdemokratie" publiziert hatte; er war völlig unbekannt).

## 9. Bürgerkrieg:

Die FIS reagierte mit Terror im ganzen Land, das Militärregime reagierte mit Gegenterror. Am 9. Februar 1992 verhängte die Armee einen Ausnahmezustand, der 12 Monate dauerte.

Massenverhaftungen von Kandidaten, Bürgermeistern und Gemeinderäten der FIS (amnesty: 10.000 Verhaftungen) wurden vorgenommen. Folter wurde systematisch praktiziert.

Nach 170 Tagen im Amt wurde Boudiaf bei einer öffentlichen Veranstaltung in Annaba von einem Mitglied seines Personenschutzes erschossen. Er plante einen "Runden Tisch" ohne die FIS, hielt aber zugleich seine Hand über einen FIS-Anwalt. Alles deutete darauf hin, daß dies nicht ein Anschlag der FIS, sondern eine Hinrichtung von staatlicher Seite aus gewesen ist. Mehrere Beamte, die in Boudiafs Auftrag Korruptionsfälle analysierten und in diesem Zusammenhang prominente Mitglieder der Gruppe an der Macht schwer belasteten, wurden einige Tage später ebenfalls ermordet.

Der Nachfolger Boudiafs als Präsident des Hohen Sicherheitsrates, Ali Kafi, richtete drei Sondergerichtshöfe zur Verfolgung von terroristischen und subversiven Akten ein. Die Enthüllung der Identität der an diesen Gerichtshöfen tätigen Richter wurde mit zwei bis fünf Jahren Gefängnis bestraft. Durch die absolute Geheimhaltung, mit der diese Gerichte umgeben waren, und die Einsetzung der Richter durch geheime Entscheidungen des Hohen Sicherheitsrates wurde dem politischen Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. Von Februar 1993 bis Oktober 1994 verurteilten diese Gerichte laut ai 13.774 Menschen, davon 4.155 in Abwesenheit, 3.661 Personen erhielten einen Freispruch.

Auf terroristische Aktionen standen Strafen zwischen fünf Jahren und der Todesstrafe. Die Strafmündigkeit wurde von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt.

Die zur Terrorismusbekämpfung aufgestellten Verbände hatten zwischen 60.000 und 80.000 Einsatzkräfte.

Die Spezialeinheiten mit geschätzten 15.000 Mann traten nur maskiert auf, so daß nicht zu erkennen war, wer gegen wen kämpfte, wer wen massakrierte. "Zur Abschreckung" wurden beliebig viele Männer zusammengetrieben, abtransportiert, oft gefoltert und ermordet. Auch über das bereits im Algerienkrieg praktizierte Abwerfen von Menschen aus Hubschraubern wurde berichtet. In der Kabylei wurden Wälder mit Napalm vernichtet, um Schlupfwinkel der Islamisten zu zerstören. Wehrpflichtige wurden meist in den Regionen eingesetzt aus den sie stammten, was häufig dazu führte, daß sie gezwungen wurden, ihre eigene Familie zu töten.

Ende 1994 ließ die Regierung Waffen an die Bevölkerung verteilen (die freilich auch in die Hände der Gegner fielen). In den von islamistische Übergriffen am meisten gefährdeten Regionen wurden Milizen aufgestellt, die schließlich 40.000 bis 50.000 Angehörige hatten.

In Hoheitsgebieten der Islamisten erließen selbsternannte "Emire" nach beliebigen "religiösen" Vorschriften. Parabolantennen, Musikunterricht und nahezu jede Art der Musik wurden von ihnen verboten, die Namen von "Feinden des Islams" wurden an die Wände der Moscheen geschlagen. "Kollaborateure" und kleine Staatsdiener wurden ermordet. Frauen wurden nicht nur umgebracht, wenn sie sich weigerten den hijeb (spezieller Schleier) zu tragen, sondern auch wenn sie sich weigerten, eine "Ehe auf Zeit" (dient der Entführung und Vergewaltigung von Frauen; im sunnitischen Islam von Algerien eigentlich unbekannt, nur im schi'itischen Islam anerkannt) einzugehen oder weil ein Mitglied ihrer Familie in der "Sicherheitskräften" diente. Nahezu 700 Schulen wurden von den Islamisten niedergebrannt. Die nach streng islamistischer Auslegung der shari'a gegenüber von Abtrünnigen vom Glauben, also insbesondere gegenüber von Kommunisten, linken Intellektuellen und Gewerkschaftern fällige Todesstrafe wurde umgesetzt.

1994 riefen die Islamisten zum Schulstreik auf. Obwohl in den Schulen ohnehin der Islam und der Antisemitismus gepredigt wurde, forderten sie, daß alle Lehrerinnen und Schülerinnen Schleier tragen müßten, der Sportunterricht für Mädchen und der Musikunterricht für alle Kinder sollte abgeschafft werden. Der Aufruf wurde von der Bevölkerung nicht befolgt. In der Folge brannten Schulen, Massaker wurden verstärkt verübt.

Eine FFS, die ein strategisches Bündnis mit der FIS gegen die FLN einging, rief zum gleichen Zeitpunkt zum Schulstreik auf und forderte, das Berberische zur offiziellen Sprache zu erklären. Dem Aufruf der FSS wurde von vielen befolgt, viele

Kinder besuchten über ein Jahr lang nicht die Schule. Daraufhin wurde der Unterricht in Berberisch gestattet, sofern sich die Eltern mit diesem Wunsch meldeten. Das taten nur die aller wenigsten, da die Möglichkeiten in berberischer Sprache einen Arbeitsplatz zu finden verschwindend gering sind.

Die FSS vertritt die Haltung, daß die FIS nicht hätte verboten werden dürfen, da ihr Sieg im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen den authentischen Willen des Volkes ausgedrückt habe.

Es existierten drei bewaffnete islamistische Bewegungen: AIS (Armee Islamique du Salut; Islamistische Heils-Armee) als bewaffneter Arm der FIS, MIA (Mouvement Islamique Arme; hat sich aufgelöst und wurde in AIS oder GIA eingegliedert) und GIA (Groupes Islamique Armes; nicht zentral, sondern viele kleine Gruppen; am brutalsten).

Zwischen 1992 und 1995 wurde die FIS von BND, CIA und französischem Geheimdienst unterstützt.

Der dem Putsch folgende Bürgerkrieg kostete bis 1997 jedes Jahr mindestens 20.000 Tote. 1992 bis 1997 forderte der Krieg zwischen 65.000 und 100.000 Tote und Zehntausende Verletzte; Hunderttausende Bauern flüchteten aus ihren Dörfern, 3.000 Menschen gelten als verschwunden. Im November 1997 machte ein Sekretär des größten algerischen Gewerkschaftsverbandes UGTA zum Terror der Islamisten folgende Angaben: 400 Gewerkschafter wurden ermordet, darunter drei Nationalsekretäre; zerstört oder beschädigt wurden 930 Klassenräume, 8 Forschungs- und Entwicklungsinstitute, 1.020 Verwaltungsgebäude, 3 Universitätszentren, 630 Betriebe; 1.020 Fahrzeuge wurden in Brand gesteckt; auf 2.240 Stromleitungen und 90 Fernmeldestationen wurden Sprengstoffattentate verübt.

Neben der Ermordung ihrer Gegner, ging es den Islamisten vor allem auch darum, die ökonomischen Strukturen und sozialen Einrichtungen (insbesondere jene, die im Zuge der algerischen Revolution als ihre Errungenschaften entstanden sind) sowie die Infrastruktur des Landes zu zerstören. Auf diese Weise sollten die sozialen Probleme des Landes weiter explodieren und im Chaos neue Anhänger (durch Ideologie oder Gewalt) gewonnen werden.

## 10. Bouteflika

Am 11. September 1998 tritt Zeroual, der Nachfolger von Ali Kafi, als Vorsitzender des Hohen Staatsrates zurück. Am 15. April 1999 entscheidet Abdelaziz Bouteflika die Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang mit 73,8% der Stimmen für sich, nachdem die sechs anderen Kandidaten von "massivem Wahlbetrug" gesprochen hatten und zurückgetreten waren. Bouteflika begann seine politische Karriere unter Ben Bella und Boumedienne und wurde unter letzterem Außenminister. Bouteflika wird sowohl von der FLN wie auch dem Militär unterstützt.

Im Juli 1999 rief er zur nationalen Versöhnung auf und begnadigte als Ausdruck seines Willens nach offiziellen Angaben 5.000 Islamisten. Die Bevölkerung stimmte im September 1999 in einem Referendum für eine Gesetzesvorlage zur "nationalen Eintracht", in der eine Amnestie für alle Islamisten, die nicht an kollektiven Massakern, Vergewaltigungen oder Attentaten auf öffentlichen Plätzen beteiligt waren, vorgesehen ist. Alle übrigen Mitglieder bewaffneter Gruppen, die an Verbrechen dieser Art beteiligt waren, sollen nach den Bestimmungen Strafmilderung erhalten, unter der Bedingung, daß sich die Betroffenen nach Verkündung des Gesetzes den Behörden stellen und eine detaillierte Liste ihrer bisherigen Aktivitäten vorlegen. Als Folge davon, schwindet die Basis der FIS mehr und mehr. Für die "Kleinen" werden Wiedereingliederungsmaßnahmen angeboten, sie werden finanziell unterstützt. Als Resultat geht es vielen Familien der ehemaligen Täter heute unter dem Strich besser als denen der Opfer, was natürlich für neue Auseinandersetzungen sorgt.

Gegner des Gesetzes zur nationalen Eintracht wurden bei Demonstrationen zusammengeknüpelt.

Bouteflika bezeichnete die Annullierung der Wahlen von 1991 als "Gewaltakt". "So ist es durchaus als symbolische Geste zu verstehen, daß er das Treffen in Sant'Egidio vom Januar 1995 positiv erwähnte, bei dem acht Oppositionsparteien – darunter auch die Islamistische Heilsfront (FIS) – in Rom einen "nationalen Vertrag" zur Rückkehr zum inneren Frieden vorgeschlagen hatten: Von der damaligen Regierung war das Papier noch kompromisslos abgelehnt worden. (...) Innerhalb nur weniger Monate hat Präsident Bouteflika die Aussöhnung mit Marokko und Frankreich vorangetrieben und sich gleichzeitig Washington angenähert. (...) Auch zögerte er nicht, gegen das Gesetz über die allgemeine Einführung der arabischen Sprache zu verstoßen und vor Funktionären eine Rede auf Französisch zu halten; schließlich bekannte er sich nicht nur zur Existenz einer jüdischen Komponente in der algerischen Geschichte, sondern rehabilitierte auch mehrere historische Persönlichkeiten, darunter Messali Hadj (lebte 1898 bis 1974, gründete 1937 die Algerische Volkspartei (PPA) und 1947 die Algerische Nationalbewegung; nach 1954 lieferten sich seine Leute und FLN-Anhänger blutige Auseinandersetzungen – C.B.)" (Le Monde diplomatique die tageszeitung, September 2000)

Er lud Franzosen und Juden offiziell zum Besuch Algeriens ein. Bouteflika erklärte die Reform des Erziehungswesens zu seinem vorrangigem Ziel, u.a. soll Französischunterricht in der Grundschule eingeführt werden.

## 11. Ökonomie

"1992 beliefen sich die algerischen Auslandsschulden auf gut 29 Milliarden US-Dollar. Der jährliche Schuldendienst betrug beinahe ein Drittel dieser Summe. Das Land war zahlungsunfähig und schloß schließlich nach langen und zähen Verhandlungen ein Umschuldungsabkommen mit dem IWF, in dem es schwerwiegende politische Konzessionen machen mußte, allen voran die Einstellung des nationalen Atomprogramms und die Privatisierung der Staatsbetriebe. (...) Da aber die Abkommen mit dem IWF und die Umschuldungsvereinbarungen 1998 auslaufen, wird Algerien noch in diesem, vor allem im nächsten Jahr mit Rückzahlungsforderungen der vor 1994 aufgelaufenen Schulden (1998: 2,9 Mrd., 1999: 3,1 Mrd. US-Dollar) konfrontiert zusätzlich zum Schuldendienst der neu kontraktierten Schulden." (Werner Ruf, Ökonomie und Politik - Wie ein Regime den Zusammenbruch des Staates überlebt, Sommer 1998)

Bis 1998 haben die Privatisierungen nach unterschiedlichen Angaben zwischen 40.000 und 80.000 Arbeitsplätze vernichtet.

"Anfang 1997 wurde die Erdgaspipeline über Marokko nach Spanien und Portugal mit Einspeisung in das europäische Erdgasnetz in Betrieb genommen. Zusätzlich zu der bereits länger existierenden Pipeline über Tunesien nach Italien und Slowenien konnten dadurch die algerischen Erdgasexporte gewaltig erhöht und die Staatseinnahmen gesteigert werden. Weitere Zuflüsse von Devisen, die sich günstig auf die Zahlungsbilanz auswirkten, wurden durch die Privatisierung der Ökonomie erwirkt, insbesondere im Bereich der Prospektion neuer Erdöl- und Erdgasfelder, der Errichtung neuer Förderanlagen, Verarbeitungsanlagen für Erdgas, **darunter eine 60%ige Beteiligung in Höhe von 14 Millionen DM der Hoechst-Tochter Messer Griesheim an einem Gas-Industrieanlagen-Projekt in Skikda (eine Tochter des algerischen Erdöl-Konzerns SONATRACH hält 40%).**

Allen weit voran sind es die US-amerikanischen Ölkonzerne Anadarko, Arco, Mobil, Philips, Louisiana Land Exploration, Oryx, IGC Kellogg, aber auch die kanadischen Konzerne Petro Canada und Lavalin, die britischen BP und LASMO, der australische BHP, der argentinische Pluspetrol, der brasilianische Petronas, die spanischen Cepsa, Repsol, **deutsche über das Konsortium Konsalp** (...). Neben arabischen Banken sind auch drei US-Banken, darunter die Citybank, im Begriff, sich in Algerien niederzulassen."

(Werner Ruf, Ökonomie und Politik - Wie ein Regime den Zusammenbruch des Staates überlebt, Sommer 1998)

Heute muß das Land über 60% seines Getreidebedarfs importieren. 80% der Grundnahrungsmittel werden importiert.

Das dritt wichtigste Importland sind die USA (nach Saudi-Arabien und Israel). Algerien besitzt 4.000 Importeure, dem gegenüber aber nur 400 Exporteure.

Am 5. Juli 2000 berichtete die FAZ folgendes: "Deutschland betrachtet Algerien als den zentralen Partner in Afrika nördlich der Sahara. >Ohne Algerien geht nichts in dieser Region<, sagte der Staatsminister im Auswärtigen Amt Volmer im Gespräch mit Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Es liegt im Interesse Deutschlands und der Europäischen Union, die politische Neuorientierung in dem nordafrikanischen Land zu unterstützen, sagte Vollmer, der (...) Algerien besucht hatte."

## 12. Soziale Lage heute:

"In den zehn Jahren der politischen Krise stieg die Arbeitslosigkeit von 23 Prozent (1993) auf knapp 30 Prozent (1997). Auch die Mittelschicht verarmt zusehends. Wer ein technisches oder wissenschaftliches Studium abgeschlossen hat, versucht in Europa oder in Kanada Karriere zu machen.

Heute lebt jeder Dritte unter der Armutsgrenze. Alleine rund um die Hauptstadt Algier leben 200.000 Menschen in Elendssiedlungen." (taz Nr. 6412 vom 2.4.2001)

Nur 9% der Frauen sind erwerbstätig (Marokko: 19%, Tunesien: 23%). Anfang der 80er Jahre brachte eine algerische Frau durchschnittlich 7,2 Kinder auf die Welt. Aufgrund des raschen Bevölkerungswachstums von 3,3% ist die Hälfte der Bevölkerung jünger als 17 Jahre. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt nach offiziellen Angaben zwischen 70 und 80%. Junge Männer finden keinen Arbeitsplatz solange sie nicht die Bescheinigung über die Ableistung des Wehrdienst besitzen und können auch nicht ausreisen.

Laut offiziellen Statistiken besuchen heute 85% der Kinder zwischen 6 und 13 Jahren die Schule. 1989 hatten 40% der Bevölkerung über 15 Jahren keine formelle Ausbildung und nur 57% der über 15jährigen konnten lesen und schreiben.

1954 wohnten nur 18,5% der Bevölkerung in den Städten. 1966: 31,2%; 1973: 40%; 1987: 50%. In Algier leben zum Teil 10-12 Personen auf 18m<sup>2</sup>.

Nur 9% der Frauen sind erwerbstätig (Marokko: 19%, Tunesien: 23%). Anfang der 80er Jahre brachte eine algerische Frau durchschnittlich 7,2 Kinder auf die Welt.

1997 lasen laut einer Umfrage der algerischen Zeitung El Khaber nur 5,8% der Bevölkerung eine Zeitung, 62,3% verfolgten die Nachrichtensendungen des staatlichen Fernsehsenders und 17,5% hatten einen Satellitenanschluß.

## Quellen:

- Werner Ruf: Die algerische Tragödie – Vom Zerschlagen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, Münster 1997
- Sabine Kebir: Algerien, Erlebnisse zwischen Traum und Alptraum, Düsseldorf 1993
- Ulrike Borchardt: Algeriens "Gleis der Demokratie"
- Werner Ruf: Ökonomie und Politik - Wie ein Regime den Zusammenbruch des Staates überlebt, Sommer 1998
- Michael Opperskalski: Algerien
- junge Welt
- taz
- Le Monde diplomatique